Totengräber der amerikanischen Demokratie?

Die Republikaner und ihre illiberalen Neigungen im Trump-Zeitalter

Philipp Adorf

Nach den Kongresszwischenwahlen des Jahres 2022 erschien die Republikanische Partei Donald Trump hinter sich lassen zu wollen. Die durchwachsenen Ergebnisse auf republikanischer Seite wurden gerade dem ehemaligen Präsidenten angelastet, der aktiver als in den Jahren zuvor durch seine „Endorsements", den Bekundungen der offiziellen Unterstützung, in die Kongresswettbewerbe eingegriffen hatte und zahlreichen Kandidaten mit teils beträchtlichen politischen Defiziten zum Sieg in den parteiinternen Vorwahlen verhalf – während diese danach vergleichsweise oft gegen ihre demokratischen Widersacher in kompetitiven Wettbewerben das Nachsehen hatten. In Umfragen zur republikanischen Präsidentschaftsvorwahl rückte Florida-Gouverneur Ron DeSantis in den Wochen nach den Zwischenwahlen bis auf wenige Prozentpunkte an Donald Trump heran.

Anderthalb Jahre später lässt sich konstatieren, dass Donald Trumps erneute Nominierung als republikanischer Kandidat niemals wirklich in Gefahr war. Seine finale Widersacherin Nikki Haley musste in den Vorwahlen in Nevada gar die Schmach einer Niederlage gegen die Option „keiner der genannten Kandidaten" erleiden (Trump hatte an diesem Wettbewerb nicht teilgenommen, da die Delegierten des Einzelstaates in einem separaten Caucus[1] vergeben wurden). Im Vergleich zur Wahl 2016 stehen die republikanischen Mandatsträger ebenso vereint hinter Trump. Wie konnte ein Politiker, der nach den schockierenden Bildern der Stürmung des US-Kapitols scheinbar am Ende seiner politischen Karriere stand, es schaffen, wenige Jahre später innerhalb der eigenen Partei gefestigter denn je dazustehen? Um dies zu beantworten wird der folgende Beitrag nicht nur den Blick auf den potenziellen 47. (und vormaligen 45.). Präsidenten legen, sondern sich insbesondere mit der Republikanischen Partei, sowohl mit Blick auf die Angebots- als auch Nachfrageseite, über



Dr. Philipp Adorf
Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Gesellschaft • Wirtschaft • Politik (GWP) 73. Jahrg., Heft 3/2024, S. 267-276 www.budrich-journals.de
https://doi.org/10.3224/gwp.v73i3.04

Trump hinaus auseinandersetzen. Denn dort lassen sich die längerfristigen parteiinternen Illiberalisierungstendenzen und ihre Folgen sowie deren zukünftige Relevanz hinsichtlich des Zustands der US-amerikanischen Demokratie erkennen.

Der tief verwurzelte republikanische Illiberalismus

Amerikas Abstieg in Demokratieindizes ist insbesondere auf den Pfad der Republikaner in den letzten Jahrzehnten zurückzuführen. Entsprechend dem V-Dem-Institut, deren Analysen jedes Jahr unter anderem den globalen Zustand der Demokratie untersuchen, hat sich die Republikanische Partei in den letzten beiden Jahrzehnten mit wachsender Geschwindigkeit zu einem illiberalen Akteur gewandelt, so dass sie bezüglich ihrer Akzeptanz demokratischer Normen und Spielregeln nunmehr in der Nachbarschaft von Erdoğans AKP und Orbáns Fidesz vorzufinden ist (vgl. Lührmann et al. 2020). Mit Blick auf Donald Trumps Aufstieg ist es dabei wichtig zu verstehen, dass der Autokratie-affine Präsident in vielerlei Hinsicht die Folge einer innerparteilichen illiberalen Entwicklung ist, statt der primäre Grund hinter dieser zu sein, auch wenn Trump in den letzten acht Jahren einige interne demokratiefeindliche Prozesse noch einmal beschleunigt hat. Trump verdankte seine erste erfolgreichen Kandidatur 2016 hauptsächlich der bereits bestehenden republikanischen Kernwählerschaft und brachte nur wenige Neuwähler in die Partei, für die es durchaus schwierig ist, sich kurzfristig für die Teilnahme an den Vorwahlen zu registrieren – eine Hürde, an der beispielsweise Trumps Kinder Eric und Ivanka 2016 scheiterten, als sie die Anmeldefrist zur Vorwahlteilnahme im Staat New York verpassten. Donald Trump sprach schon damals eine existierende republikanische Wählerschaft an, deren Einfluss seit den 1960er Jahren enorm angestiegen war und deren Werte, Sorgen und Ressentiments seine Kandidatur definierten.

Inwiefern Trump nur das prägnanteste Beispiel des „Democratic Backsliding" der Republikanischen Partei ist, lässt sich auch am Verhalten ihrer Verbände auf Einzelstaatenebene aufzeigen. Seit dem Jahr 2000 hat die Demokratiequalität in den von Republikanern kontrollierten Einzelstaaten kontinuierlich abgenommen (vgl. Grumbach 2022, 170-173). Dabei sind vor allem Maßnahmen republikanischer Landesparteien hervorzuheben, die versuchen, die Teilnahme an Wahlen insbesondere für bestimmte (tendenziell demokratische) Gruppen zu erschweren. Zwischen 2013 und 2022 wurden in 23 Einzelstaaten teilweise erhebliche Restriktionen der Nutzung des Wahlrechts implementiert; in allen 23 Einzelstaaten kontrollierten zum Zeitpunkt der Gesetzgebung die Republikaner beide parlamentarischen Kammern sowie das Gouverneursamt (vgl. Mickey 2022).

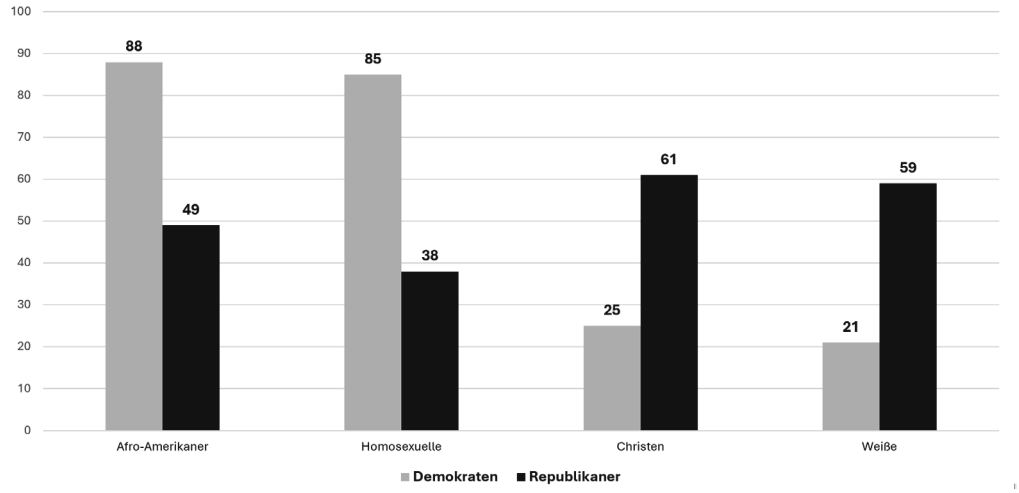
Ein wichtiger Aspekt des wachsenden Autoritarismus innerhalb der Partei ist zweifelsfrei die Zusammensetzung der Nachfrageseite, mit anderen Worten die Positionierung der republikanischen Kernwählerschaft, deren Einfluss auf die ideologische Ausrichtung der Partei und damit verbundene antidemokratischen Tendenzen auch Trump überdauern wird. Ihr hatte Donald Trump seinen Erfolg 2016 sowie sein politisches Comeback der letzten Jahre zu verdanken, insbesondere da er die in dieser Gruppe weitverbreiteten Ressentiments gegenüber ethnischen

Minderheiten wie kein zweiter Republikaner versteht anzusprechen. Zusammengefasst lässt sich konstatieren, dass die republikanische Wählerschaft heutzutage ein Land sieht, das sich in einem steten Niedergang befindet; damit verbunden ist der eigene wahrgenommene Abstieg innerhalb der gesellschaftlichen Hierarchie der Vereinigten Staaten – Entwicklungen, die auch mit radikalen oder gar gewaltsamen Schritten abgewendet werden sollen.

2023 antworteten beispielsweise zwei Drittel aller Republikaner, die besten Tage des Landes würden hinter den Vereinigten Staaten liegen (35% auf demokratischer Seite; vgl. Public Religion Research Institute 2023). 53% gaben dementsprechend ebenso an, dass ihre Kinder als Erwachsene in einem schlechteren Land als heute leben würden (27% unter Demokraten; vgl. Ballard 2022). Ihren Platz innerhalb der sozialen Hierarchie der Vereinigten Staaten sehen Republikaner insbesondere durch die stete demographische Transformation des Landes, d.h. der ethnischen Diversifizierung der USA, bedroht (Craig et al. 2018). Für einen beträchtlichen Teil der konservativen weißen Wählerschaft geht ihr eigener numerischen Rückgang mit dem anhaltenden Absturz der USA sowie dem Rückgang der eigenen Rechte einher. Über 60% aller Republikaner sind der Ansicht, dass der Verlust des Mehrheitsstatus' weißer Amerikaner in der Mitte dieses Jahrhunderts eine eher negative Veränderung darstellen wird – auf der anderen Seite sehen 80% aller Demokraten dies positiv (vgl. Vandermaas-Peeler et al. 2018).

Woher stammt dieser düstere Blick auf die Zukunft? Erklären lässt sich dies durch die Wahrnehmung des Zusammenlebens der verschiedenen Ethnien des Landes als eine Art Nullsummenspiel. Gewinnen bestimmte Gruppen (beispielsweise schwarze Amerikaner oder Bürger mit lateinamerikanischen Wurzeln) an Einfluss, kann dies entsprechend dieser Lesart unweigerlich nur auf Kosten der weißen Mehrheit geschehen, die gleichermaßen Verluste erleidet. Schon heute argumentiert eine Mehrheit der republikanischen Wählerschaft, Diskriminierung gegen Weiße sei ausgeprägter als Diskriminierung gegen Afro-Amerikaner (siehe Abbildung 1), eine Sichtweise, die insbesondere bei treuen Anhängern Donald Trumps weitverbreitet ist und innerhalb der Republikanischen Partei im letzten Jahrzehnt um sich gegriffen hat.

Abb. 1: „Diskriminierung gegen _____ ist ein ernstes Problem." (Zustimmung von Parteianhängern in Prozent):



Quelle: Zitner (2022).

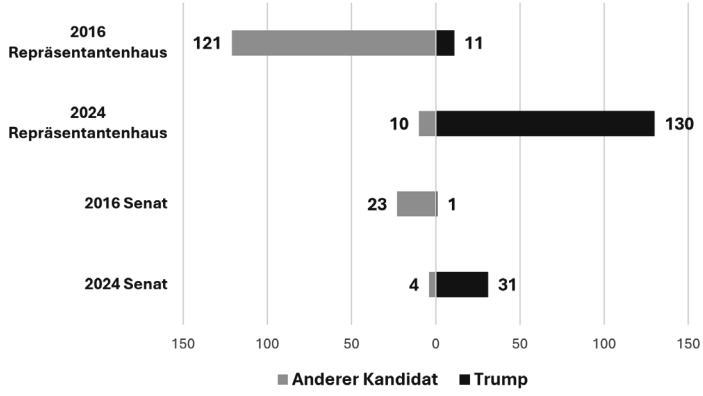
Mit diesen Sorgen geht eine Akzeptanz des Bruches demokratischer Regeln und Konventionen einher, die gar in politischer Gewalt gipfeln kann (vgl. Bartels 2020). Weiße Amerikaner, für die ihre weiße Identität eine gewichtige Rolle spielt, besitzen erheblich autokratischere Präferenzen als Weiße ohne solch ein Maß an weißer Identifikation (vgl. Jardina, Mickey 2022). Dass auch beträchtliche Teile der politischen Elite der Republikaner Donald Trumps Versuche der Annullierung des Präsidentschaftswahlergebnisses 2020 unterstützten bzw. die Legitimität Joe Bidens Siegs in Frage stellten, lässt sich gerade auf die Standpunkte der republikanischen Stammwählerschaft zurückverfolgen. Und hier lässt sich auch ein potenzieller zukünftiger Kurs des Landes erkennen, der Anlass zur Sorge gibt. Denn antidemokratische oder gar gewaltsame Maßnahmen zur Sicherung des republikanischen Machterhalts, der hierbei als Garant für die Wahrung amerikanischer Werte gesehen wird, genießen unter konservativen Wählern eine wachsende Popularität. 2021 waren 28% aller Republikaner der Ansicht, „echte amerikanische Patrioten" müssten möglicherweise in Zukunft Gewalt anwenden, um das Land „zu retten". Zwei Jahre später hatte sich dieser Anteil gar auf 33% erhöht (vgl. Public Religion Research Institute 2023). Es muss hierbei explizit herausgestellt werden, dass politische Gewalt nicht nur von einer kleinen radikalen republikanischen Randbewegung Unterstützung erfährt. Anderthalb Jahre nach der Stürmung des US-Kapitols waren 55% aller Republikaner der Ansicht, die Demonstranten und Okkupanten hätten „die Freiheit verteidigt", 51% beschrieben die Ereignisse des Tages als „Patriotismus" (Mehrfachnennungen möglich; vgl. Salvanto et al. 2022). Generell lässt sich eine beträchtliche Korrelation zwischen dem Zustimmungsgrad für Donald Trump und der Unterstützung politischer Gewalt vorfinden (vgl. Piazza, Van Doren 2022).

Auch Organisationen des Rechtsstaats erhalten aufgrund ihrer Verteidigung juristischer Normen ein sinkendes Maß an Unterstützung im konservativen Lager, wenn sich besagte Maßnahmen gegen Republikaner und insbesondere Donald Trump richten. Das prägnanteste Beispiel ist hierbei das Federal Bureau of Investigation (FBI). Besaßen 2010 noch ähnliche Anteile an Republikanern (71%) sowie Demokraten (68%) ein positives Bild der Sicherheitsbehörde, so lagen die jeweiligen Werte 2018 bei 49% und 77% (vgl. Pew Research 2018). Nach der FBI-Razzia in Trumps Residenz in Mar-a-Lago aufgrund der vorgeworfenen illegalen Aufbewahrung von Geheimdokumenten im Sommer 2022 sah gar nur noch ein Viertel der republikanischen Wählerschaft das FBI in einem guten Licht (70% unter Demokraten; vgl. Brenan 2023).

Der Siegeszug des „Trumpismus" im Kongress

Die Positionierung der republikanischen Wählerschaft ist nur eine Seite der illiberalen republikanischen Medaille. Ebenso relevant ist das Verhalten gegenüber Trump seitens der politischen Elite der Partei. Kam es während der ersten Amtszeit Donald Trumps teilweise zu Konflikten zwischen den Kongressrepublikanern und Trump, so genießt dieser nunmehr auch innerhalb der republikanischen Riege von Mandatsträgern ein erhebliches Maß an Unterstützung. Trumps Zahl der „Endorsements" durch Kongressabgeordnete und Gouverneure stellte jeden innerparteilichen Gegner im aktuellen Wahlzyklus in den Schatten, während er 2016 entsprechend dieser Metrik nur auf dem vierten Platz im damaligen Vorwahlkampf landete (vgl. Bycoffe 2016 siehe auch Abbildung 2).

Abb. 2: Verteilung der Endorsements durch republikanische Mitglieder des US-Kongresses im Vorwahlkampf für die Präsidentschaftskandidatur, 2016 und 2024:



Quelle: Jain, Thomas (2024).

Skeptische Stimmen innerhalb der republikanischen Kongressfraktionen existieren zwar weiterhin, haben jedoch mit Blick auf die Größe des Trump-kritischen Blocks starke Verluste hinnehmen müssen. Exemplarisch ist dies an den zehn Republikanern des Repräsentantenhauses zu erkennen, die im Januar 2021 für die Aufnahme eines weiteren Amtsenthebungsverfahrens stimmten: Vier von ihnen traten in den Zwischenwahlen 2022 gar nicht an, vier weitere verloren gegen parteiinterne Gegner und nur zwei waren in der Lage, ein weiteres Mal in den Kongress einzuziehen.

Die internen Debatten der Republikaner im Kongress nach besagten Zwischenwahlen illustrieren ebenso die Verschiebung des Machtverhältnisses in der Partei. Ein Blick auf die Dispute hinsichtlich der Wahl eines neuen Sprechers des Repräsentantenhauses im Januar und Oktober 2023 und Donald Trumps erneuter erfolgreicher Nominierung im Frühjahr 2024 wirft die Frage auf, inwiefern überhaupt weiterhin von einem internen „Bürgerkrieg" gesprochen werden kann, beziehungsweise welche ideologische Gruppierung heute das „Establishment" der Partei repräsentiert. Sowohl Steve Scalise als auch Jim Jordan, die beiden anfänglichen Kandidaten, die sich nach Kevin McCarthys Abwahl im Herbst 2023 zum Ziel setzten, das Amt des Repräsentantenhaussprechers zu erobern, können hinsichtlich ihrer eigenen ideologischen Positionierung größtenteils dem national-populistischen Flügel der Partei zugerechnet werden. Dieser hat sich sowohl innerhalb der Basis als auch in beträchtlichen Teilen der Führungsriege der Partei durchgesetzt.

Schlussendlich sollte sich die republikanische Fraktion auf den Abgeordneten Mike Johnson als Sprecher des Repräsentantenhauses einigen. Sein Erfolg verdeutlicht ebenso die heutige ideologische Ausrichtung der Republikaner und gibt Aufschluss hinsichtlich der Frage, welche Positionen nunmehr innerhalb der Partei mehrheitsfähig sind. Johnson spielte nach der Präsidentschaftswahl 2020 eine führende Rolle bei der Rekrutierung republikanischer Abgeordneter für eine Klage mit dem Ziel, die Ergebnisse in vier umkämpften Einzelstaaten zu kippen. Er brachte hierbei das Argument ein, dortige Wahlreformen während der Pandemie hätten gegen die US-Verfassung verstoßen (vgl. Broadwater, Eder 2023). Mit Blick auf Johnsons Standpunkte in sozio-kulturellen Fragen spiegelte die Wahl des Repräsentanten aus Louisiana auch den Durchmarsch des evangelikalen Rechtskonservatismus innerhalb der Partei wider. Auch wenn Johnson bis zu seiner Wahl im Gegensatz zu den radikalen Rebellen und Widersachern McCarthys nie in den Vordergrund getreten war, sollte dies keinesfalls als gemäßigte Weltanschauung fehlinterpretiert werden. So hatte Johnson beispielsweise 2005 in einem Meinungsbeitrag in einer lokalen Zeitung die Zahl der durch Abtreibungen beendeten Schwangerschaften als „einen Holocaust" bezeichnet und argumentierte darüber hinaus, die durch die Gerichte garantierte Legalität von Schwangerschaftsabbrüchen basiere auf einer Ideologie, die sich „nicht von der Hitlers [unterscheide]" (zitiert in MacFarlane, Kaplan 2023).

Der unangefochtene Anführer der Republikaner: Trumps fortwährende Radikalisierung und Vorwahlerfolg

Dass im Falle einer zweiten Amtszeit Trumps die Republikaner im Kongress dem Präsidenten erheblich weniger Einhalt gebieten werden, ist gerade aufgrund seiner heute noch stärkeren antidemokratischen Einstellungen besonders besorgniserregend. Ein Blick auf die Rhetorik und Selbstdarstellung Donald Trumps seit dem Ende seiner Präsidentschaft belegt eine Radikalisierung des Präsidenten in verschiedenen Feldern. Appelle an die weiße Identität seiner Anhänger werden nunmehr offen artikuliert. Anfang 2022 behauptete der ehemalige Präsident beispielsweise mit Blick auf die Covid-Maßnahmen im Einzelstaat New York, dort „rationiere" der Staatsapparat „lebensrettende Therapien auf der Grundlage der Rasse, diskriminiert und verunglimpft […] nur weiße Menschen, um zu bestimmen, wer lebt und wer stirbt". Zusätzlich sagte Trump seinen Anhängern, man müsse sich in New York „als Weißer sogar ans Ende der Schlange stellen, um medizinische Hilfe zu bekommen. Wenn du weiß bist, musst du dich ganz hinten anstellen" (zitiert in Shoaib 2022). Dies war eine Reaktion auf die Initiative der dortigen Landesverwaltung, sozial schwächer gestellten Personen den Erhalt von Impfungen und Covid-Therapien zu erleichtern, doch Trump nutzte dies, um Statusängste innerhalb seiner weißen Wählerschaft weiter zu befeuern.

Darüber hinaus werden politische Gegner, die von Trump eher als Volksfeinde betrachtet werden, zur Zielscheibe immer maliziöserer Angriffe, die seine Akzeptanz demokratischer Normen und Konventionen mehr denn je in Frage stellen. „Trotz der großen Gefahren von außen, die von anderen Ländern ausgehen, bleibt unsere größte Bedrohung die kranken, finsteren und bösen Menschen aus unserem eigenen Land" (Trump 2022) so der Präsident bei einer Veranstaltung im September 2022. Auf einer Wahlkampfveranstaltung ein Jahr später attackierte er politische Gegner als „Kommunisten, Marxisten, Faschisten und linksradikale Gangster […], die wie Ungeziefer in den Grenzen unseres Landes leben, die lügen, stehlen, bei Wahlen betrügen" (zitiert in Harms 2024). 70% aller Republikaner stimmten dieser Darstellung des politischen Gegners als „Ungeziefer" zu (vgl. Ipsos 2023, 30). Innerhalb des konservativen Lagers lässt sich eine Enthumanisierung politischer Widersacher erkennen, die weiter verbreitet denn je erscheint – ein zentraler Erklärungsansatz für die bereits erwähnte wachsende Akzeptanz politischer Gewalt unter republikanischen Anhängern.

Trumps Erfolg in den Vorwahlen bietet ebenso Einblicke in seine mögliche Regierungsstrategie. Es lässt sich ableiten, dass er seine eigene Agenda in einer zweiten Amtszeit mit mehr Nachdruck verfolgen würde. Auch wenn Donald Trump während seiner Präsidentschaft oftmals den Eindruck erweckte, ihm fehle eine klare Strategie, so zog er für sein Wiederwahlgesuch im Jahr 2024 einige Lektionen aus dem Vorwahlkampf 2016. Direkt nach der für Trump eher durchwachsenen Zwischenwahl 2022 fokussierte er seine Angriffe auf den aufstrebenden Gouverneur aus Florida, Ron DeSantis. Für diesen war die Wahl erheblich besser gelaufen, hatte er seine Wiederwahl mit einem Vorsprung von fast 20 Prozentpunkten sichern können. Mit dem Argument, er sei (noch) kein Präsidentschaftskandidat und konzentriere

sich ganz auf seine Arbeit in Florida, hielt sich DeSantis seinerseits mit der Verteidigung der eigenen Reputation oder gar Angriffen auf Trump zurück. Schnell konnten sich Trumps Umfragewerte dementsprechend erholen. Kam DeSantis nach den Zwischenwahlen in nationalen Umfragen im Januar 2023 bis auf 14 Punkte an Donald Trump heran, so hatte letzterer weniger als vier Monate später seinen Vorsprung auf 35 Punkte mehr als verdoppelt (vgl. RealClearPolling 2024).

Bereits im April 2023 hatte Trump sich die „Endorsements" einer Mehrheit der Kongressabgeordneten aus Florida gesichert (vgl. Dorn 2023). Nicht zuletzt da DeSantis in der Vergangenheit selbst als Mitglied des US-Repräsentantenhauses aus dem „Sunshine State" gedient hatte, erschien diese klare Positionierung mancher seiner ehemaligen Weggefährten für DeSantis' Gegner als besonders aussagekräftige Ablehnung des Florida-Gouverneurs. Dass sich schlussendlich kein Kandidat als ernster Herausforderer Trumps herausstellte, kann insbesondere darauf zurückgeführt werden, dass dessen Präsidentschaft unter republikanischen Wählern als herausragend betrachtet wird. Sahen Republikaner lange Zeit Ronald Reagan als besten Präsidenten in der Geschichte der Vereinigten Staaten, so äußerte eine Mehrheit der republikanischen Anhängerschaft im Jahr 2021, dass dieser Titel nunmehr an Trump gehe (wohlgemerkt wurde besagte Umfrage nur fünf Wochen nach der Stürmung des Kapitols durchgeführt; vgl. Frankovic 2021). Trumps fortwährende Popularität erklärte darüber hinaus, warum sich in den Vorwahlen kein ernstzunehmender Kandidat als explizit Trump-kritische Option positionierte – dies war schlichtweg in Anbetracht der Ansichten republikanischer Wähler kein erfolgsversprechender Weg.

Fazit: Die Republikaner werden über Trump hinaus die US-Demokratie gefährden

Dass Donald Trump sich mit beträchtlichem Vorsprung gegenüber allen anderen Wettbewerbern durchsetzen konnte, belegte ein weiteres Mal das Ausmaß der Popularität populistischer und illiberaler ressentimentgeladener Positionen innerhalb der republikanischen Wählerschaft. Diese besteht heutzutage aus einem, je nach Umfrage, mehrheitlichen oder zumindest beträchtlichen Teil aus Personen, die Migration und die damit verbundene demographische Veränderung des Landes als Bedrohung für die Kultur der Vereinigten Staaten betrachten und dementsprechend Amerika dem Untergang geweiht sehen – außer „Patrioten" ergreifen die notwendigen Maßnahmen. Diese Sichtweise erklärt die in dieser Gruppe vorzufindende Popularität antidemokratischer sowie gewaltsamer Schritte zur Wahrung des eigenen Machterhalts. Die eigene Gruppe wird als das „wahre" Amerika betrachtet; linke und nichtweiße Bürger tendenziell als Fremdkörper, Ungeziefer und Totengräber Amerikas. Innerhalb dieses ideologischen Konstrukts werden Versuche der Annullierung von Wahlergebnissen gar als Schritte zum Schutz der Vereinigten Staaten und ihrer Werte betrachtet. Amerika wird dabei durch die Verhinderung der Machtausübung seitens der Demokratischen Partei vor seinem Niedergang bewahrt.

Die Melange aus Statussorgen, rassistischen Ressentiments und gewissen ökonomischen Ängsten innerhalb der republikanischen Wählerschaft stellt eine fundamentale Gefahr für die US-Demokratie dar – die Ereignisse des 6. Januars 2021 mögen hier nur das erste prägnante Beispiel eines Versuches der Republikaner gewesen sein, demokratische Entscheidungen auszuhebeln. Es ist zu erwarten, dass die Ängste, die Trump ermöglichten und von ihm genährt werden, in der Republikanischen Partei auf absehbare Zeit eine entscheidende Rolle hinsichtlich der Ausrichtung der Partei und der internen Kandidatenwahl spielen. Wichtig ist hierbei zu beachten, dass die sinkende Demokratiequalität insbesondere auf Maßnahmen republikanischer Landesparteien zurückzuführen ist. Somit wird die Republikanische Partei auch nach Trump eine dauerhafte Gefahr für die amerikanische Demokratie darstellen.

Anmerkung

1 Eine Form der Vorwahl, in der Wähler sich an einem bestimmten Ort versammeln, öffentlich über die Kandidaten diskutieren und dann in mehreren Runden (teilweise ebenso öffentlich) abstimmen, um einen Sieger zu küren.

Literatur

Ballard, Jamie (2022): Two-thirds of Republicans say 2022 was one of the worst years in American history. YouGov, 17. Dezember.

Bartels, Larry (2020): Ethnic antagonism erodes Republicans' commitment to democracy. PNAS 117(37), S. 22752-22759. https://doi.org/10.1073/pnas.2007747117.

Brenan, Megan (2023): Government Agency Ratings Remain Largely Negative. Gallup, 12. Oktober.

Broadwater, Luke, Steve Eder (2023): Johnson Played Leading Role in Effort to Overturn 2020 Election. New York Times, 25. Oktober.

Bycoffe, Aaron (2016): The Endorsement Primary. FiveThirtyEight.

Craig, Maureen A., Julian M. Rucker, Jennifer A. Richeson (2018): Racial and Political Dynamics of an Approaching "Majority-Minority" United States. The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science 677(1), S. 204-214. https://doi.org/10.1177/000271621876626.

Dorn, Sara (2023): Trump Now Claims Endorsements From Majority Of Florida's GOP Congress Members. Forbes, 20. April.

Frankovic, Kathy (2021): Republicans used to call Ronald Reagan the best president in US history. Now it's Donald Trump. YouGov, 15. Februar.

Grumbach, Jacob M. (2022): Laboratories against Democracy: How national parties transformed state politics. Princeton: Princeton Uni-versity Press. https://doi.org/10.1515/9780691218472

Harms, Florian (2024): Donald Trump kündigt Diktatur an. T-Online, 16. Januar.

Ipsos (2023): Reuters/Ipsos Poll: 2024 Presidential Election. Dezember.

Jain, Lakshya, Armin Thomas (2024): Trump Has Devoured the Republican Establishment. New York Times, 30. Januar.

Jardina, Ashley, Robert Mickey (2022): White Racial Solidarity and Opposition to American Democracy. The ANNALS of the American Acad-emy of Political and Social Science 699(1), S. 79-89. https://doi.org/10.1177/0002716221106973.

Lührmann, Anna, Juraj Medzihorsky, Garry Hindle, Staffan I. Lindberg (2020): New Global Data on Political Parties: V-Party. V-Dem Institute, Briefing Paper Nr. 9.

MacFarlane, Scott, Michael Kaplan (2023): House Speaker Mike Johnson once referred to abortion as "a holocaust". CBS News, 26. Oktober.

Mickey, Robert (2022): Challenges to Subnational Democracy in the United States, Past and Present. The ANNALS of the American Acad-emy of Political and Social Science 699(1), S. 118-129. https://doi.org/10.1177/00027162211072952.

Pew Research Center (2018): Growing Partisan Differences in Views of the FBI; Stark Divide Over ICE. 24. Juli.

Piazza, James, Natalia Van Doren (2023): It's About Hate: Approval of Donald Trump, Racism, Xenophobia and Support for Political Vio-lence. American Politics Research 51(3), S. 299-314. https://doi.org/10.1177/1532673X221131561.

Public Religion Research Institute (2023): Threats to American Democracy Ahead of an Unprecedented Presidential Election. 25. Oktober.

RealClearPolling (2024): 2024 Republican Presidential Nomination.

Salvanto, Anthony, Jennifer De Pinto, Fred Backus, Kabir Khanna (2022): CBS News poll: Half say Trump tried to stay in office through illegal means, should be charged with crimes. CBS News, 26. Juni.

Shoaib, Alia (2022): Trump claims white people are discriminated against for COVID-19 treatment: 'If you're white you go right to the back of the line'. Business Insider, 16. Januar.

Trump, Donald (2022): Former President Trump speaks at NC campaign rally 9/23/22 Transcript. Rev.

Vandermaas-Peeler, Alex, Daniel Cox, Maxine Najle, Molly Fisch-Friedman, Rob Griffin, Robert P. Jones (2018): Partisan Polarization Domi-nates Trump Era: Findings from the 2018 American Values Survey. Public Religion Research Institute, 29. Oktober.

Zitner, Aaron (2022): Republicans, Democrats Are Split Over Which Groups Face Discrimination, WSJ Poll Finds. Wall Street Journal, 24. Dezember.